

# Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 117

April 2023



1. Maipлакate des DGB

**1. Mai**

**Kampftag für die Arbeiterbewegung,  
Feiertag für die Gewerkschaften und für uns.**

## **Inhaltsverzeichnis**

Grußwort Burkhard Bildt · GroKo.....	1
Vorstellung Senioren-Arbeitskreis.....	2
Mitgliederversammlung Wohnen+Mieten.....	3
BSAK-Sitzung · Altenhilfestrukturegesetz.....	4
Bücherverbrennung Mai 1933.....	5
Rente Umlagesystem.....	6
Mitgliedertreffen Haus am Wannsee.....	7
SAKL-Klausur · Mitgliedertreffen Distel.....	8
Rentendemos d. Franz. Gewerkschaften.....	9
Volksbegehren Berlin klimaneutral.....	10
Einladung zum 1. Mai.....	11
2. Mai 1933 · Mitgliedertreffen-Termine.....	12

## **Impressum**

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Martin Langner, Hartmut Meyer,  
Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Ramon Zorn

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.06.2023

V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin

*Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:*

seniorenreport@gmx.de

*Senioren-Report im Internet:*

[www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report](http://www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report)

## Grußwort

Burkhard Bildt  
zuständiger Sekretär für die  
Seniorenarbeit in der  
Geschäftsstelle Berlin



Liebe KollegInnen,

so ein Streikjahr gab es lange nicht. Kaum ist die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie beendet, starteten Tarifrunden zum Beispiel bei der Post und im Öffentlichen Dienst. Die Beteiligung der Beschäftigten wächst stetig und führt zu bemerkenswerten Abschlüssen.

Das gilt auch für die IG Metall. Die Beschäftigten von Ideal Automotive legten einen super Warnstreik hin, erstmals seit vielen Jahren. Aktuell läuft die Tarifrunde im Kfz-Gewerbe. Auch hier werden wir Firmen haben, die erstmals erfahren, was ein Warnstreik ist.

In Tarifrunden wird deutlich, dass die Beschäftigten ihr Schicksal in den eigenen Händen halten.

Bei der Berliner Wiederholungswahl und dem Volksentscheid drehen sich die Uhren anders. Das gestaltende Element ist hier deutlich eingeschränkt. Die Interessenlage des Einzelnen ist eben vielfältiger, als ein Stimmzettel es ausdrücken kann.

Nicht zu vergessen ist die Macht der Medien. Sie liefern nicht nur Informationen, sie machen auch „Meinung“. Corona zum Beispiel ist aus den Schlagzeilen fast verschwunden. Da vergisst man beim Arztbesuch doch glatt, eine Maske mitzunehmen. Mit dem Virus ist aber nicht alles gut. Täglich sterben Menschen und kaum einer nimmt es zur Kenntnis.

Letzte Woche las ich einen Artikel, der jungen Menschen in Sachen Rente Mut machen sollte. Schließlich stimmen die Prognosen nicht mehr, weil viele Leute im Rentenalter an oder mit Corona sterben und dies entlastet die Rentenkasse. In was für einer Welt leben wir bloß?

Beste Grüße  
Burkhard Bildt

## GroKo in Berlin – alles wird gut?

Bei den Abgeordnetenhauswahlen am 12. Februar 2023 hat die CDU die meisten Stimmen gewonnen. Die alte Senatskoalition hat sich nicht für eine Neuauflage aufgedrängt. Die Grünen und die Linke hätten gerne wie bisher weitergemacht, aber für die SPD war das nicht die erste Wahl. CDU und SPD fanden erstaunlich schnell zu einer Koalitionsvereinbarung. Laut CDU-Wegner keine Liebesheirat, bei dem für Berlin unüblichen Tempo eher eine Sturzgeburt.

Die CDU hat sich von vielen Punkten ihres Wahlprogramms verabschiedet, um die SPD ins Boot zu holen – ob es ernst gemeint ist?

Vorausgesetzt, die Berliner SPD-Basis stimmt mehrheitlich zu, wäre die Koalitionsvereinbarung das neue Senatsprogramm. Die Senatorensitze sind halbe-halbe aufgeteilt:

**SPD:** Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Wirtschaft, Inneres und Sport, Gesundheit, Wissenschaft und Pflege, Arbeit und Soziales, Antidiskriminierung.

**CDU:** Finanzen, Kultur, Justiz und Verbraucherschutz, Bildung, Jugend und Familie, Umwelt, Mobilität und Klimaschutz.

Wie bei allen Koalitionsprogrammen sind auch hier alle denkbaren Themenfelder abgedeckt. Mit dem Versprechen, alle Probleme zu lösen. Also alles in bester Ordnung demnächst in Berlin? Soviel Optimismus übersteigt unsere Phantasie. Bei manchen Ressortzuweisungen könnte man Bauchgrimmen bekommen. Zumal außer allgemeinen Absichten auf 132 Seiten keine konkreten Maßnahmen verzeichnet sind. Davon abgesehen werden Versprechungen gemacht, die nicht in der Hand der Berliner Landespolitik sind, sondern Bundesgesetzen unterliegen.

Wenn auch alles ehrlich gemeint sein sollte, gilt: gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Also schau wir mal, dann sehn wir schon – vielleicht gelingt es unseren Politikern einmal, uns positiv zu überraschen.

*Bürobote Rama Zotti*



**Sozialwahl 2023**  
Für Rente & Gesundheit

**Deine Stimme. Deine Wahl.**

Nicht vergessen: bis 31. Mai läuft die Frist zur Stimmabgabe.

# Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Berlin



*Dürfen wir uns kurz vorstellen?*



Wir sind aktive IG Metalller und Metallerrinnen, die auch im Ruhestand die Verbindung zur Gewerkschaft halten, sie unterstützen und die Gemeinschaft pflegen.

Nach dem Arbeitsleben bleibt die IG Metall für uns wichtig, denn auch für Rentnerinnen und Rentner bietet die Gewerkschaft Leistungen an.

Zum Beispiel: Rechtsberatung und Rechtsschutz (Unterstützung bei Streitigkeiten mit der Krankenkasse oder der Rentenversicherung), Freizeit-Unfallversicherung, Unterstützung in Notfällen und bei Sterbefällen.

## *Und was macht der Arbeitskreis?*

- Information und Diskussion der IGM - Senioren und Seniorinnen zu gesellschaftlichen oder gewerkschaftlichen Themen auf Mitgliederversammlungen.
- Organisation von Mitgliedertreffen in Form von Ausflügen ins Berliner Umland, Theater- und Museumsbesuchen oder sonstigen geselligen Veranstaltungen.
- Information über unsere Aktivitäten im Internet oder in unserer Zeitung (Senioren-Report).
- Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktivitäten.

**Kommt zu unseren Mitgliederversammlungen, die im Jahr 2023  
am 28. Juni, 27. September und 22. November  
jeweils ab 14 Uhr im IG Metall-Haus, Alte Jakobstr. 149 stattfinden.**

Für den Senioren-Arbeitskreis

Astrid Diebitsch  
Vorsitzende

Manuela Wegener  
Stellvertr. Vors.

Monika Wittek  
Stellvertr. Vors.

## Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt

### Juchuu, Berlin liegt auf Platz 4 aller deutschen Städte

...ohh, leider, in der Höhe der Miete (14,91 Euro/qm) aber nur auf **Platz 46** bei den **Einkommen**.



Dr. Ulrike Hamann

Foto Ramon Zorn

Bei unserer letzten Mitgliederversammlung im Februar referierte Dr. Ulrike Hamann, eine der drei GeschäftsführerInnen des Berliner Mietervereins, zur **schwierigen Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt**.

Sehr viele interessante, komplizierte, teilweise neue Fakten wurden geboten. Der Vortrag war spannend und lebhaft vorgetragen. Hier kann nur über einige wenige Aspekte berichtet werden.

Knapp die Hälfte aller Berliner könnten auf Antrag einen **Wohnberechtigungsschein (WBS)** erhalten, weil sie lediglich über ein geringes Einkommen verfügen. Viele beantragen den WBS *nicht*, weil das Angebot an bezahlbaren (geförderten) Wohnungen sowieso nicht ausreicht.

#### **Eigentumsverhältnisse und Konsequenzen:**

Von den 1,67 Mio. Mietwohnungen in Berlin gehören 20 Prozent den **Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU)**, das heißt sie sind städtisch, gehören der Stadt/dem Land Berlin. Genossenschaften halten gut 11 Prozent der Berliner Mietwohnungen. Die restlichen knapp 69 Prozent gehören privaten Eignern, Einzelpersonen oder kleinen oder großen privaten Unternehmen.

Nur 10,9 Prozent sind mietpreis- und belegungsgebunden, davon 5,4 Prozent städtische, 1,6 Prozent genossenschaftliche und 3,9 Prozent private. Das sind Zahlen aus dem Jahr 2020; jetzt sind es schon wieder weniger mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen, da nach Ablauf einer bestimmten Zeit die Wohnungen „aus der Bindung fallen“. So sind die Regelungen, die Politiker seinerzeit festlegten.

#### **Landeseigene Wohnungsunternehmen – nur so gut, wie die Vorgaben, die sie bekommen!**

„Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für

Menschen mit geringem Einkommen, ...“ (aus Artikel 28 der Berliner Verfassung).

Die Politik kann also zumindest bei den *städtischen* Wohnungen auf die Miethöhe und die Wohnungsvergabe Einfluss nehmen. Tut sie auch. Beispielsweise seit 2017 durch die Kooperationsvereinbarung (KoopV). Die durchschnittliche Bestandsmiete lag 2020 und 2021 bei 6,29 Euro/qm, die Neu-Vertragsmiete lag bei 7,25 Euro/qm. MieterInnen können Mietabsenkung beantragen und viele weitere Regelungen gibt es in der KoopV. Leider ist deren Umsetzung in der Realität nicht so einfach und erfolgreich.

Viele Mieter bei den LWU sind unzufrieden, zum Beispiel auch mit der Instandhaltung, die oft mangelhaft ist. Und das hat einen Grund: Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind AGs oder GmbHs und verpflichtet, Gewinn zu erwirtschaften!

#### **Mieten-Volksentscheid 2015**

Dieser gewonnene Volksentscheid wollte die Rechtsform der LWU zu Gunsten einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) ändern. In deren Satzung hätte man festlegen können, dass der städtische Wohnungsbestand nie wieder privatisiert werden darf! Und es sollte eine soziale Ausrichtung der LWU und MieterInnen-Mitbestimmung festgelegt werden, außerdem die Einrichtung eines Fonds zur sozialen Wohnbauförderung, Ankauf und Sicherung von Sozialwohnungsbeständen und die **Errichtung eines Sondervermögens** „Wohnraumförderungsfonds Berlin“.

Bei dem politischen Kompromiss, der auf den damaligen Volksentscheid folgte, kamen dann einige Regelungen heraus, die zum Teil in die KoopV mündeten, wie zum Beispiel Einrichtung des Mietzuschusses für MieterInnen (30 Prozent des Einkommens für die Miete – max!). Dies muss extra beantragt werden und es ist ja eine große Erleichterung für die Betroffenen; allerdings wurden in den Jahren 2018 bis 2021 lediglich 54 bis 61 Mietreduzierungen pro Jahr genehmigt.

In der Diskussion ging es noch um viele weiteren Themen: Spekulation, bundesweiter Mietendeckel, Volksentscheid „DW & Co. Enteignen“ 2021, Mietstopp-Kampagne, (fehlende) Durchsetzung von Mieterinteressen und anderes.

**Schreibt uns, wenn ihr mehr dazu wissen wollt** (seniorenreport@gmx.de)!

Sabine Kördel

# BSAK - Bezirks-Seniorenarbeitskreis des DGB

Bericht von der Sitzung am 16. März 2023

Der BSAK tauscht sich über die aktuellen Themen der Gewerkschaften aus und tagt viermal im Jahr. Die Informationen haben den Stand von Anfang März. Hoffentlich werden bis zum Erscheinen des Senioren-Reports einige offene Punkte geklärt sein.

Eine kurze Themenauswahl:

- Koalitionsverhandlungen zum Berliner Abgeordnetenhaus: in den Verhandlungskommissionen von SPD und CDU sind auch die Spitzen des Berliner DGB vertreten.
- Das Programm der 1. Mai-Feier steht fest, es ist noch die Frage des Caterings offen.
- Nach irreführenden Äußerungen aus der DGB-Spitze lehnt der DGB die Aktienrente jetzt doch ab.
- Es wird gefordert, dass das Deutschlandticket zu 49 Euro auch als einzelnes Monatsticket angeboten werden soll. Vor allem soll es auch ohne Internet zu erwerben sein.
- Am 24. Juni startet die 49. Berliner Seniorenwoche. Die Auftaktveranstaltung findet im Zeiss-Planetarium in der Prenzlauer Allee statt.

- Das Wärmenetzwerk Berlin ist eine gute Idee. Für die Menschen in Berlin sollen in der kalten Jahreszeit zahlreiche zusätzliche Räume zum Aufwärmen, für Begegnung und Austausch offenstehen. Aber wie immer gibt es unvermutete Hürden: die Unterstützungsgelder für die teilnehmenden Organisationen kommt erst ab April und für Anschaffungen müssen Ausschreibungen erfolgen! Wieder wird eine gute Absicht beschwerlich umgesetzt.
- Die BSAK-Seniorenkonferenz zu den Themen Krankenhäuser und Altenpflege ist vorläufig für den 16. Juni angedacht. Da die Raumfrage nicht geklärt ist und die möglichen Referenten aus der neuen Senatsverwaltung noch nicht bekannt sind, kann sich die Veranstaltung auch noch auf den Herbst 2023 verschieben.
- Hausbesuche bei alleinstehenden Senioren als Pilotprojekt in ausgewählten Bezirken.
- Der Härtefallfond wird diskutiert. Für bedürftige Senioren nahe der Grundrente, nur auf Antrag. Details sind uns unklar.

*Ramon Zorn*

## Entwurf eines Berliner Gesetzes 'Gutes Leben im Alter'

Der Landesseniorenbeirat hat einen Entwurf des „Berliner Altenhilfestrukturegesetz“ auf Basis des Paragraphen 71 (Altenhilfe) des Sozialgesetzbuches XII (Sozialhilfe) vorgelegt. Im gegenwärtigen Entwurf der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD gibt es das Bekenntnis, es in dieser Legislatur auf den Weg zu bringen.

Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Alte Menschen sollen die

Möglichkeit erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken.

Damit wäre Berlin das erste Bundesland mit so einem Gesetz. Es ist als Teil der Leitlinien zur Seniorenpolitik von 2021 zu sehen. Während einerseits „Senioren“ mit über 60 Jahre klar definiert sind, finde ich bei „Alten“ keine Angabe einer Altersgrenze.

*Ramon Zorn*

### §71 SGB XII (Auszug):

Als Leistungen der Altenhilfe kommen insbesondere in Betracht:

1. Leistungen zu einer Betätigung und zum gesellschaftlichen Engagement, wenn sie vom alten Menschen gewünscht wird,
2. Leistungen bei der Beschaffung und zur Erhaltung einer Wohnung, die den Bedürfnissen des alten Menschen entspricht,
3. Beratung und Unterstützung im Vor- und Umfeld von Pflege, insbesondere in allen Fragen des Angebots an Wohnformen bei Unterstützungs-, Betreuungs- oder Pflegebedarf sowie an Diensten, die Betreuung oder

Pflege leisten,

4. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste,
5. Leistungen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen,
6. Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen.

Altenhilfe soll ohne Rücksicht auf vorhandenes Einkommen oder Vermögen geleistet werden, soweit im Einzelfall Beratung und Unterstützung erforderlich sind.

# BRENNEN & LÖSCHEN

Am 10. Mai 1933: Bücherverbrennung auf dem Opernplatz in Berlin



Foto Martin Langner

Vor 90 Jahren ereignete sich in der Kulisse der Berliner Repräsentationsbauten von Wissenschaft, Kunst und Kirche ein bizarres Staatsschauspiel. Direkt neben der Staatsoper ›Unter den Linden‹, vor der St. Hedwigs-Kathedrale und gegenüber der Humboldt-Universität.

Als am 10. Mai 1933 mitten in Berlin, der deutschen Hauptstadt, unter staatlicher Regie und Aufsicht mehr als 20.000 Bücher verbrannt wurden – darunter die Werke der bedeutendsten deutschen Schriftsteller und Publizisten – war das sogenannte ›Tausendjährige Reich‹ gerade einmal hundert Tage alt.

Damals hatte das neue Regime nach einem legalen Regierungswechsel innerhalb weniger Wochen beinahe alles etabliert, was in den folgenden zwölf Jahren der Maßstab sein würde: Rechtsbruch, Verfassungsbruch, Zivilisationsbruch.

»Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen« (Heinrich Heine in seiner 1823 veröffentlichten Tragödie ›Almansor‹).

Die selbsternannten Saubermänner dieser Welt, die Anhänger:innen der ›CANCEL CULTURE‹, sollten sich öfter von den Werken der verfolgten Autor:innen ›entzündet‹ lassen. Dem lebendigen Geist. Funkensprühend.

»Nichts ist schwieriger und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!« (Kurt Tucholsky).

Gegen geistige Verarmung, für eine lebendige Debatte: gegen **BRENNEN** (analog) & **LÖSCHEN** (digital).

Martin Langner

Mahnmal der versunkenen Bibliothek  
1995 vom Künstler Micha Ullman geschaffen  
Foto: Werner Kühnemann

## Das „Mahnmal der versunkenen Bibliothek“ auf dem Bebelplatz erinnert an die Bücherverbrennungen

Die 102 Bücherverbrennungen in über 90 Städten und gleichzeitig in 20 deutschen Universitätsstädten waren der Höhepunkt der vier Wochen „Aktion wider den un-deutschen Geist“ und deren 12 Thesen.

Zwei Organisationen waren die Träger dieser Aktionen: 1. Die „Deutsche Studentenschaft“ unter Gerhard Krüger, Nazi auch nach dem Kriege, gründete rechtsradikale Parteien. 2. Der „Nationalistische Deutsche Studenten Bund“ unter Oskar Stäbel, nach dem Krieg bei der Organisation Gehlen, danach beim BND.

Sie griffen auf die schwarze Liste des Volksbibliothekars Wolfgang Herrmann zurück. Die NS-Forschung der letzten drei Jahrzehnte hat belegt, dass weder die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 noch die schwarze Liste direkt vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Auftrag gegeben oder gelenkt waren.

Erst am 10. Mai hielt der Dr. phil. J. Goebbels seine Feuerrede auf dem Opernplatz bei der Verbrennung der Bücher vor etwa 70.000 Schaulustigen.

In Berlin gab es einen Fackelzug von der Universität über die Museumsinsel in die Oranienburger Straße. Dort warteten LKWs mit etwa 20.000 Büchern. Es spielte eine Blaskapelle, dann marschierte man zum Opernplatz. Weil es regnete, musste man dem Feuer mit Benzin nachhelfen.

Der Schriftsteller Erich Kästner, der persönlich anwesend war, schilderte das Geschehen: „Ich stand vor der Universität, eingekleidet zwischen Studenten in SA-Uniform, den Blüten der Nation, sah unsere Bücher in die zuckenden Flammen fliegen und hörte die schmalzigen Tiraden des kleinen abgefäimten Lügners. Es war widerlich“.

Werner Kühnemann



# Das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung

## Ein Dorn im Auge der Wirtschaft

Wir erinnern an das Jahr 1957 und die Einführung der umlagefinanzierten Rente:

- Die Lebensversicherer befürchteten, die Versicherten verlieren das Interesse an einer eigenen Altersvorsorge.
- Der Arbeitgeberverband fragte, wenn die Spareinlagen schrumpfen, woher das Geld für die notwendigen Investitionen kommen soll.
- Der liberale Professor Röpke befürchtete, die Kapitalbeschaffung für Investitionen und mithin der Einfluss auf die Wirtschaft, würde dann zwangsläufig mehr und mehr auf den Staat übergehen.

Weshalb?

- Da die Renten mit 26 bis 32 Prozent vom Brutto sehr klein waren, hielt man das Interesse der Versicherten an einer weiteren Alterssicherung für entsprechend groß.
- Auch im Kapitaldeckungsverfahren werden Versicherungen aus den Umlagen gezahlt. Die Überschüsse, also was nach Auszahlung der Renten übrigbleibt, wandert in einen Kapitalstock. Auf diese Weise können kapitalgedeckte Rentenversicherungen Vermögen aufbauen, mit denen man Staat und Wirtschaft je nach Interessenlage bedienen kann.
- Die Anhebung der Beitragssätze von 11 auf bis zu 22 Prozent des Erwerbseinkommens verringert das Budget, das den Beschäftigten zum privaten Sparen zur Verfügung steht.
- Damit drohen die privaten Sparguthaben zu sinken, während die Überschüsse aus den Umlagen der gesetzlichen Rentenversicherung an den Staat gehen.
- Der kann dadurch seine Einnahmen erhöhen und gegebenenfalls auch einen höheren Einfluss auf die Wirtschaft ausüben.

Allen Befürchtungen zum Trotz ging die Sache gut. Das lag auch daran, dass nicht nur die Zahl der Versicherten sondern auch deren Einkommen stiegen. So blieb den Beschäftigten, trotz der höheren Beiträge, noch genug übrig, um die Sparguthaben steigen zu lassen. Bis etwa 1980.

Danach stieg die Zahl der Beschäftigten zwar noch weiter, doch die Einkommen und mit ihnen die Sparraten sanken. Und da auch die Arbeitslosigkeit kontinuierlich zunahm, stiegen auf staatlicher Seite auch die Ausgaben im sozialen Bereich.



*Kampagnenlogo der IG Metall*

Besonders prekär wurde die Situation, als um die Jahrtausendwende zusätzlich zu den rund 2,5 Millionen Arbeitslosen der „alten Länder“ noch rund 2,5 Millionen Arbeitslose aus den „neuen Ländern“ hinzukamen. Unter den Nachwirkungen dieser Entwicklung leiden wir immer noch.

**Fazit: Wir haben heute eine völlig andere Situation als vor 1980.**

Nur die Begehrlichkeiten vom Staat, von der Wirtschaft und von den Versicherten, die blieben. Und alle wollen möglichst viel vom verbleibenden Kuchen abhaben.

Statt nach Wegen in eine nachhaltig zuverlässige gesetzliche Rente zu suchen, blicken alle nur aufs Geld.

- Im Finanzministerium überlegt man, wie die Sparrate erhöht werden kann.

- Im Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) denkt man darüber nach, wie man die sozialen Ansprüche finanzieren soll.

- Den Versicherten selbst bleibt nur der Protest.

Denn - so das BMAS - über die Art der Finanzierung von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung entscheidet letztlich allein der Gesetzgeber. Die Ergebnisse sind entsprechend. Die gesetzliche Rentenversicherung darf das verwalten, was ihr die anderen zum Verteilen übriglassen. Und das ist jeweils das Resultat dessen, was die Politik aus den sich über den „Königsweg“ streitenden Wirtschaftswissenschaftler /innen herauszulesen vermag. Das dabei nicht die Rente, sondern die Wirtschaft und die Finanzierung der sozialen Ansprüche insgesamt im Vordergrund stehen, darf nicht verwundern.

Was aber, wenn es gar keinen „Königsweg“ gibt? Wenn die Wirtschaft, in unserer inzwischen globalisierten Welt, von immer mehr unvorhersehbaren Ereignissen beeinflusst wird?

**Die Frage ist: Wie muss eine verlässliche Rente aussehen, wenn die Wirtschaft, den Schwankungen des Weltmarktes folgend, mal floriert und mal stagniert?**

*Bernd Koch*



## Besuch des Hauses der Wannseekonferenz

Auch wenn uns die BVG mit Ersatzverkehr sowie ausfallenden Zügen ein bisschen in die Quere kam, haben wir uns nicht abhalten lassen, uns mit zwei Teilnehmergruppen am Haus der Wannseekonferenz zu einer Führung in unsere Geschichte zu treffen.

Wir wurden kompetent von Frau Scheuermann durch die Führung gelotst, die erst seit einem Jahr in Berlin lebt.



Fotos Hartmut Herold

Die Wannseekonferenz war eine geheime Besprechung von 15 hochrangigen Vertretern der nationalsozialistischen Reichsregierung und der SS Behörden, die am 20. Januar 1942 im „Gästehaus der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“, der ehemaligen Villa Marlier, am Großen Wannsee stattfand.

Seit dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 fand zwar faktisch bereits der Massenmord an Juden und Minderheiten in den deutsch besetzten Gebieten statt, allerdings war er bis dato eher unkoordiniert abgelaufen.

Daher wurde Reinhard Heydrich, SS Obergruppenführer, gleichzeitig Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, von Hermann Göring am 31. Juli 1941 mit der Gesamtorganisation der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt.

Unter Leitung von Heydrich wurde in der Wannseekonferenz das Grauen generalstabsmäßig geplant und nichts dem Zufall überlassen:

Verabredet wurden detailliert die Zusammenarbeit der beteiligten Instanzen sowie Zeitachsen um die Massenmorde durch Deportation der jüdische Bevölkerung in den Osten und ihre dortige Vernichtung zu beschleunigen.



In Listen wurde akribisch festgelegt, wie mit welchen Opfern zu verfahren sei, und in welche Lager sie in Abhängigkeit vom Prozentgrad ihrer jüdischen Abstammung zunächst zu verlegen seien (nur ein Elternteil jüdisch oder zwei Großeltern), bevor sie der „Endlösung“ zugeführt würden.

SS Obersturmbannführer Adolf Eichmann, unter Heydrich Referent für Judenangelegenheiten, führte das Protokoll, das alle Teilnehmer erhielten.

Erst zwei Jahre nach Kriegsende wurde das einzig erhaltene Exemplar des Protokolls aufgefunden und dient seitdem als Zeitzeuge.



### Beklemmend sind auch folgende Fakten:

Von den 15 Beteiligten wurden nur sechs gerichtlich belangt, fünf weitere starben noch vor Kriegsende, einer kurz danach. Erich Neumann blieb weitgehend unbehelligt. Gerhard Klopfer arbeitete nach der Entnazifizierung als Rechtsanwalt. Georg Leibbrandt war zunächst im automatischen Arrest, ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde eingestellt. 1955 arbeitete er als Berater Konrad Adenauers, später leitete er das Bonner Büro der Salzgitter AG. Die Witwe von Heydrich erstritt sich gerichtlich eine Generalswitwenrente - offensichtlich ohne jegliches moralisches Schuldgefühl.

Seit 1998 ist das Haus der Wannseekonferenz eine Gedenkstätte des Holocausts mit wechselnden Ausstellungen und auf jeden Fall mehrere Besuche wert.

*Astrid Diebitsch*

**Klausur der Arbeitskreis-Leitung am 1. und 2. März 2023**

## **Und jährlich grüßt die SAK-Leitungs-Klausur...**

Zu zehnt haben wir zwei Tage lang überlegt, was sich an der Senioren-Arbeitskreis (SAK) -Arbeit noch verbessern ließe.

Viele Themen sind immer aktuell: Woher bekommen wir neue SAK-Mitglieder? Wie können wir die passiven Mitglieder aktivieren? Wer kann die KollegInnen ersetzen, die etwas weniger tun wollen? Brauchen wir mehr Arbeitsgruppen? Sind die Arbeitsformen noch angemessen? Erreichen wir alle Interessierten per Mail oder wie sonst? Wie gehen wir damit um, dass für die Mitglieder-Treffen die Veranstalter kurzfristiger planen, das nur noch zweimonatige Erscheinen der Metall-Zeitung uns aber zu langfristigeren Planungen zwingt?

Die Arbeitsgruppen berichteten, was im letzten Jahr los war und was sie planen. Corona kann man inzwischen für die Planungen ignorieren, so dass die Arbeit wieder flutscht.

Am 1. Mai soll es in diesem Jahr wieder ein IG Metall-Dorf mit Ständen geben – auch einen Senioren-Stand!

Die Themen für die Mitgliederversammlungen im Juni und September stehen fest: Medienlandschaft in der BRD und ÖPNV klimaneutral und bezahlbar. Aber es gibt noch keine ReferentInnen.



Auch das Erkner-Seminar Anfang August wurde geplant – lasst euch überraschen!

Insgesamt war es ein produktives und erfolgreiches Treffen.

*Manuela Wegener*

### **Mitgliedertreffen im Februar 2023**

## **Wieder ein schönes Erlebnis im Kabarett Distel**

Am 23. Februar 2023 war es wieder so weit und wir Senioren machten uns fein für die Distel.

Wie vereinbart trafen wir uns zunächst im Gaffel-Haus. Trotz Anmeldung gab es keinen Platz für uns und ein Teil der Senioren ging auf Gut-Glück zu „Peter Pan“, ein Burger-Restaurant, um noch ein wenig Stärkung zu sich zu nehmen.



*Foto Hartmut Herold*

Schon vor der Zeit trafen wir uns dann in der Distel und mit 50 Senioren warteten wir auf die Vorstellung.

„**Wer hat an der Welt gedreht**“ war der Titel des Abends. Ein Programm, das uns quer durch unsere Wirklichkeit mit viel Humor führte. Mit Fragen und Aussagen unserer Politiker, Zweifeln an der Wirklichkeit – mit viel Aktion, Szenen- und Kostümwechsel wurde uns die Wirklichkeit vor Augen geführt. Die goldenen Zwanziger Jahre mit ihrem lustvollen Glamour spielten eine Rolle, die tanzende Josephine Baker, der beginnende Holocaust, Krieg...

Der mühsame Aufbau nach dem Krieg, die Wunderjahre, aufblühender Wohlstand in West wie Ost; Urlaub in den Süden, „Fridays for Future“ mit viel Humor anschaulich dargestellt. Es war eine rasante Reise durch die Themen unserer Zeit und ihrer Stolpersteine, politischen Querschläger, Elektroautos...

Unsere Lachmuskeln hatten ganz schön zu tun. Es war ein schöner Abend, an den wir noch eine Weile denken werden.

*Monika Wittek*

# Solidarität mit den französischen Gewerkschaften!

Kundgebungen vor der französischen Botschaft am Pariser Platz

Wer kennt se nicht, die Nachrichten über die Proteste in Frankreich gegen die Rente mit 64 Jahren. Da denkt sich einer, was soll das, wir müssen auch bis 67 Jahre arbeiten! Doch auch die meisten Franzosen müssen schon heute bis 67 Jahre arbeiten, um keine Rentenabzüge zu bekommen, das wird in den Nachrichten verschwiegen.

Der 7. März war einer der vielen Streiktage gegen die Rentenreform des Präsidenten Macron. Für die Metallerinnen und Metaller des Seniorenarbeitskreis und AK Internationalismus, Grund genug, solidarisch mit etwa 80 Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen französischer Gewerkschaften vor der Französischen Botschaft zu demonstrieren. In mehreren Redebeiträgen wurde auf den prekären Zustand der Renteneinkommen in Frankreich sowie in Deutschland eingegangen.

In Deutschland gehen 2022 in den alten Bundesländern Männer im Durchschnitt mit 1.276 Euro und Frauen mit 776 Euro in Rente. In den neuen Bundesländern dürften sich die durchschnittlichen Renten auf etwa 1.361 Euro für Männer und 1.148 Euro für Frauen belaufen. Die großen Rentenreformen 1992 und 2004 haben die Altersarmut befördert. Deshalb fordern auch deutsche Gewerkschaften eine Reform der gesetzlichen Rente, die Altersarmut verhindert soll: „**Gute Arbeit – gute Rente!**“



Fotos Hartmut Herold

Oppositionspartei der Republikaner unterstützten im Senat die Erhöhung des Rentenalters auf 64 Jahre.

Um eine längere Debatte für das Gesetz in der französischen Nationalversammlung zu verhindern, entschied Präsident Emmanuel Macron das umstrittene Rentenreformgesetz nach Artikel 49.3 der französischen Verfassung mit der Vertrauensfrage zu verbinden, um so die Reform ohne Abstimmung im Parlament in Kraft zu setzen. Leider wurde am 20. März die nötige Mehrheit zum Sturz der Regierung mit neun Stimmen knapp verfehlt.

Am Donnerstag, den 23. März, kam es wieder zu einem landesweiten Protesttag aller Gewerkschaften in Frankreich. Diesmal standen 200 Kolleginnen und Kollegen in Berlin am Pariser Platz und wir Metallerinnen und Metaller waren wieder dabei, um unsere Solidarität mit den französischen Protestierenden zu zeigen.



In Frankreich ignoriert die Regierung den Willen der Mehrheit der Bevölkerung – doch diese nimmt das nicht hin und setzt sich zur Wehr.

Nicht nur der Präsident und seine liberale Partei Renaissance, sondern auch die rechts-konservative

Der Verfassungsrat hat nun am 14. April entgegen den Erwartungen der Gewerkschaften das Gesetz gebilligt und auch die von der Opposition angestrebte Volksabstimmung verworfen. Die Gewerkschaften fordern nun Macron zur Rücknahme des Gesetzes auf. Gleichzeitig rufen sie geschlossen zu fortgesetzten Protesten auf und kündigen für den 1. Mai eine weitere Großmobilisierung an.

Der Kampf geht weiter, in Frankreich aber auch bei uns, damit die gesetzliche Rente für ein würdiges Leben im Ruhestand reicht.

Klaus Murawski

Am 23. November 2022 hatte der Senioren-Arbeitskreis eine Mitgliederversammlung, auf der sich die Initiative zum Volksentscheid „Berlin klimaneutral 2030“ vorstellte. Aus Absichten und Zielen wie sie laut der aktuellen Gesetzeslage formuliert sind, sollten Verpflichtungen werden.

Nach den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD ist das Ressort Umwelt, Mobilität und Klimaschutz bei der CDU gelandet. Da mag sich jeder seine Gedanken machen...

**Die Mehrheit hat dafür gestimmt, aber das Quorum wurde nicht erreicht**

## **Volksentscheid „Berlin klimaneutral in 2030“ leider gescheitert!**

„Es ist wichtig, Ziele zu haben, die man auch wirklich schaffen kann. Ziele, die nicht funktionieren, helfen nicht beim Klima-Schutz. Deshalb empfiehlt die Berliner Regierung, dass die Bürger und Bürgerinnen von Berlin bei der Abstimmung mit Nein stimmen.“

Mit diesen Worten sorgte die Berliner Regierung nicht nur für das gewünschte Wahlergebnis, sondern zeigte gleichzeitig, wie wenig ernst sie den Klimawandel nimmt. Sie denkt nach wie vor aus Industriesicht anstelle aus Sicht einer Verhinderung der irreversiblen Schädigung unseres Lebensumfeldes, wenn wir den Klimawandel nicht stoppen können.

Den Menschen im Ahrtal mit Überflutungen sowie in den Mittelmeerländern mit versengenden Hitzewellen und vertrocknenden Feldern im Sommer ist sehr viel bewußter, wie sehr sich unser Klima bereits gewandelt hat. Und dies sind nur wenige Beispiele.



Am 26. März 2023 wurde endlich abgestimmt, ob in Berlin das Gesetz zur Erreichung der Klimaneutralität durch eine schnellere Umsetzung verbessert werden soll oder nicht. Durch das „nein“ bleibt der Zeitraum bis 2045 sehr groß und wirkt eher wie eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Reduzierung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Wie gut diese Selbstverpflichtungen funktionieren wissen wir alle: Umweltschutz, soziale Verantwortung, Produktverantwortung sowie Ethik und Transparenz werden immer nur so gut gelebt, wie es den jeweils

Verantwortlichen gerade beliebt - in manchen Ländern und Firmen also so gut wie gar nicht.

Ändern können wir allerdings immer nur etwas bei uns selbst. Mit mir waren 442.000 Wähler, also eine knappe Mehrheit von 50,9 Prozent der Wahlgänger, für das schnellere Erreichen der Ziele. Trotzdem war es nicht genug, denn die zweite Hürde von mindestens 25 Prozent Ja-Stimmen der 2,4 Millionen Wahlberechtigten (also 608.000 Menschen) wurde leider verfehlt.

### **Warum ist das so?**

Neben der Empfehlung der Regierung gab es viele Hindernisse:

- Der Volksentscheid wurde nicht gleichzeitig mit der Neuwahl zum Abgeordnetenhaus 2023 durchgeführt
- Der Wahlzettel war relativ kompliziert und wurde im Internet im Vorfeld erklärt - nur darauf hat nicht jeder Zugriff.
- viele Wähler haben einfach Angst vor Preissteigerungen aufgrund der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele, wie deutlich weniger Energie und Wärme aus Kohle, Öl und Gas.
- Vielen sind die mittelfristigen Konsequenzen offensichtlich nicht so klar. Sogar meine Generation wird es noch erleben, wie immer mehr Menschen aufgrund des Klimawandels nicht mehr in ihren jetzigen Ländern leben können, sondern in gemäßigtere Zonen wie unsere flüchten müssen.

Bei allem was an der Corona Krise umstritten war und ist, so hat sie doch eins gezeigt: wenn unsere Regierungen von einer Notsituation überzeugt sind, können sie durchaus konsequent und schnell handeln, ohne industrielle Interessen oder Bedenken in den Vordergrund zu stellen. Ich wünsche mir von einer verantwortungsbewussten Regierung, dass sie gerade zum Klimawandel diese Dringlichkeit erkennt und entsprechend schnell handelt.

*Astrid Diebitsch*



## 1. Mai 2023 in Berlin

**10 Uhr Treffen**  
zu den Demos  
am Platz der Vereinten Nationen  
(Nähe Volkspark Friedrichshain)

**Start des Demonstrationzugs**  
**um 11 Uhr**  
(10:45 Start Fahrrad-Korso)

Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst und bei der Bahn zeigen die Bedeutung von starken Gewerkschaften. Nur mit einer guten Organisation können die Arbeitenden gemeinsam ihre berechtigten Interessen wahrnehmen. Gerade in Zeiten von Inflation und Personalmangel ist die Tarifbindung wichtig. Deswegen hat dieser 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Gewerkschaften eine große Bedeutung.

Nach zwei Jahren mit Maifeiern „auf Sparflamme“ wollen wir wieder in der Öffentlichkeit zeigen, dass wir ungebrochen solidarisch sind.

**12 Uhr Kundgebung**  
vor dem Roten Rathaus mit Nele Tehen  
(stellvertr. DGB-Bezirksvorsitzende),  
Jörg Hofmann (IGM-Vorsitzender)  
und der DGB-Jugend sowie weiteren  
Kolleginnen und Kollegen.

**Bis 13 Uhr** läuft das Bühnenprogramm  
– und bis 18 Uhr soll (lt. Plan)  
das Maifest für die ganze Familie  
ablaufen

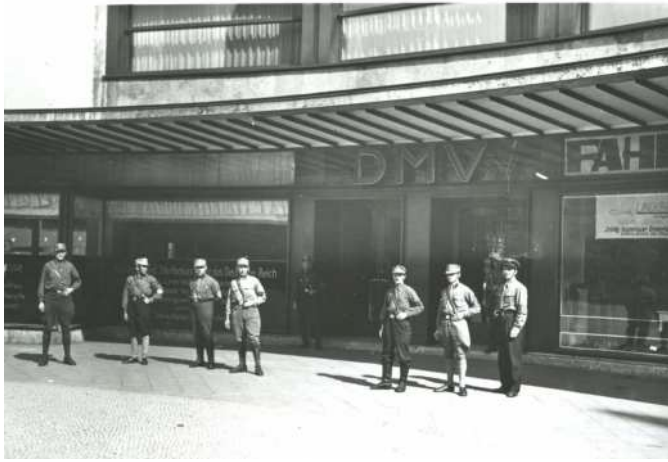
Der **Senioren-Arbeitskreis** wird sich an der Demo beteiligen und mit einem Stand vor dem Roten Rathaus vertreten sein, den wir uns mit dem Arbeitskreis Arbeitslosigkeit teilen.

1. Mai 2022



# Der Mai 1933: Von der Belegschaft zur Gefolgschaft

Die Zerschlagung der Deutschen Gewerkschaften vor 90 Jahren am 2. Mai 1933 erfolgte durch SA und NSBO (Betriebszellenorganisation) - die Polizei schaute zu!



Wie man in 100 Tagen die Demokratie beseitigen kann: ein Lehrstück.

Der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 folgte die systematische Zerstörung des demokratischen Rechtsstaates. Mit Hilfe staatlicher Machtmittel schalteten die Nationalsozialisten systematisch jede mögliche Opposition aus:

Durch die Bildung einer Hilfspolizei aus SA- und SS-Mitgliedern in Preußen, Verhängung des Ausnahmezustandes, durch die nach dem Reichstagsbrand erlassene Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ und Massenverhaftungen von Angehörigen der KPD und der SPD sowie anderer Kritiker der NSDAP.

Die Entmachtung des Reichstages und der Länderparlamente, der „Judenboykott“ und die ersten antisemitischen Gesetze, die „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften und Verhaftung ihrer Funktionäre, die Zerschlagung der KPD und das Verbot der SPD und die Auflösung aller übrigen Parteien und die Errichtung des Einparteiensstaates waren die Stationen der sogenannten „nationalen Erhebung“.

Am 10. April 1933 wurde das Gesetz beschlossen, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Am 16. April waren Ley (später der Leiter der Deutschen Arbeitsfront) und Goebbels (Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda) bei Hitler auf dem Obersalzberg und der stimmte zu, dass man am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften besetzen und auflösen wollte.

Der Terror und die rechtsfreien Räume, in denen SA und SS in diesen Monaten ungestört handeln konnten (in den Folterkellern der SA, den „wilden Konzentrationslagern“ aber auch am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit) zwangen nicht nur Zehntausende zur Flucht aus Deutschland, sie erzeugten auch die gewünschte Atmosphäre der Furcht, die zur politischen und geistigen „Gleichschaltung“ des deutschen Volkes erforderlich war.

Am 10. Mai 1933, dem Tag der Bücherverbrennungen, wurde die DAF (Deutsche Arbeitsfront) gegründet, mit der Übernahme aller Vermögenswerte der Gewerkschaften als Startkapital.

*Werner Kühnemann*



## – die Termine für Mai bis August 2023

Am Freitag, **26. Mai**, geht es nach Kremmen zum **Spargelessen**. Anmeldung am 8. Mai.

Mittwoch, den **21. Juni**, fahren wir nach **Torgau an der Elbe** – Busfahrt, Stadtführungen, Restaurantbesuch.  
Anmeldung am 22. Mai.

Donnerstag, den **20. Juli**, geht es von Potsdam per **Schiff** zum **Wildschweinbäcker** in **Ferch**.  
Anmeldung am 19. Juni.

Für Mittwoch, den **30. August**, ist eine **Schiffsfahrt** von Treptow über Köpenick zum **Müggelsee** geplant.  
Anmeldung am 24. Juli.

**Anmeldung jeweils von 10 bis 13 Uhr unter der Telefonnummer 030 25387-110.**

## – Mitgliederversammlung

„Unsere Medienlandschaft“. Mittwoch, **28. Juni, 14 Uhr, Alwin-Brandes-Saal.**

*AG Öffentlichkeitsarbeit*